

# „In Afghanistan handelt es sich nicht um Krieg“

**Berlin.** Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, beklagt im PNP-Interview eine „unerträgliche Kriegsrhetorik“ in der Afghanistan-Politik der Bundesregierung.

*Der scheidende Wehrbeauftragte kritisiert, die Probleme*

## Das PNP-Interview

*beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan würden beschönigt. Hat er damit Recht?*

**Arnold:** Natürlich gibt es Schwierigkeiten, vielfach geht es dabei allerdings um Detailfragen der militärischen Führung. Wichtig ist aber auch, dass die Politik Klarheit schafft. Die Bundeskanzlerin muss sich erklären. Lange wurde der Afghanistan-Einsatz weichgezeichnet. Jetzt schwenkt das Pendel plötzlich hin zu einer unerträglichen Kriegsrhetorik. Frau Merkel und

Herr zu Guttenberg haben von Krieg gesprochen. Aber die Wahrheit in Afghanistan ist viel komplexer.

*Die Kanzlerin hat erklärt, sie verstehe, wenn in Zusammenhang mit dem Einsatz von Krieg gesprochen werde ...*

**Arnold:** Von der Bundeskanzlerin erwarten wir in ihrer Regierungserklärung eine differenzierte Bewertung der Lage. Sie muss alle Zweifel ausräumen, die durch die unsägliche Kriegsdebatte der letzten Tage entstanden sind. Es muss bei der bisherigen vorsichtigen Vorgehensweise im Rahmen des ISAF-Mandats bleiben. Ein klärendes Wort der Bundeskanzlerin ist überfällig. In Afghanistan handelt es sich nicht um Krieg. Die Bundeswehr ist dort auch nicht in einem Kriegseinsatz. Ihre Anwesenheit ist von der legitimen afghanischen Regierung gewollt und von einem klaren UN-Mandat gedeckt.

*Steht die SPD ohne Wenn und Aber zum laufenden Mandat?*

**Arnold:** Seit der Verabschiedung des Mandats im Februar hat es zwar viele traurige Ereignisse in Afghanistan gegeben, die an keinem Abgeordneten spurlos vorübergehen. Aber die



**Rainer Arnold**  
(SPD) – F.: dbt

Fakten, auf denen das Bundestagsmandat beruht, sind vollkommen unverändert. Wir benötigen jetzt kein neues Mandat für die Bundeswehr in Afghanistan. Wer die Beschränkungen des Einsatzes hin zu einer stärker offensiven Ausrichtung verändern wollte, müsste dafür die Zustimmung des Bundestages haben. Nichts anderes hat Sigmar Gabriel für die SPD deutlich gemacht. Wir sind der Überzeugung: Die neue Strategie der in-

ternationalen Gemeinschaft für Afghanistan kann aufgehen, wenn sie denn entschlossen umgesetzt wird.

*Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wird heute im Kundus-Ausschuss befragt, der die Hintergründe des Tanklaster-Bombardements von September 2009 aufklären soll. Die Union sieht den Minister bereits als entlastet an. Was werfen Sie zu Guttenberg vor?*

**Arnold:** Es gibt viele offene Fragen. Herr zu Guttenberg hat bis heute nicht erklärt, auf welcher Basis er zu seiner Fehlbewertung gekommen ist, der Luftangriff auf die Tanklaster von Kundus sei militärisch angemessen gewesen. Und auch die Gründe, warum er seine Auffassung später korrigiert hat, hat der Minister bisher nicht dargelegt. Außerdem: Für uns ist immer noch unerklärlich, warum er innerhalb weniger Stunden einen langgedienten Staatssekretär

und den Generalinspekteur in die Wüste geschickt hat. Das war der stülpe Versuch, ihnen die Verantwortung für die eigene Fehlbewertung in die Schuhe zu schieben. Klar ist: Sollte sich herausstellen, dass Herr zu Guttenberg es mit der Wahrheit nicht genau nimmt und genommen hat, kann er nicht mehr die politische Verantwortung für die Bundeswehr tragen.

*Die Union will den Untersuchungsausschuss schnell beenden. Bleibt es dabei, dass die Opposition auch Kanzlerin Merkel vernehmen will?*

**Arnold:** Jetzt zu sagen, die Sache habe sich erledigt, ist abenteuerlich. Der Anlass für den Ausschuss war, dass getrickelt, vernebelt und das Parlament nicht korrekt informiert wurde. Wir werden nicht lockerlassen, bis die Vorgänge vollständig aufgeklärt sind. Dazu gehört auch, Frau Merkel als Zeugin zu vernehmen. Daran halten wir fest.

Gespräch: Rasmus Buchsteiner